

Hinweise zur Datenverarbeitung personenbezogener Daten beim Einsatz von fernauslesbaren Wasserzählern gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Hier erfahren Sie alles zur Erhebung, zur Speicherung, zu den Kategorien personenbezogener Daten sowie über die Art und den Zweck, die Herkunft, Verwendung und die Speicherdauer bezogen auf das Sendemodul.

Der fernauslesbare Wasserzähler speichert und sendet keine Daten wie Ihren Namen oder Ihre Anschrift. Es geht bei der Verarbeitung von Zählerdaten stets um die Erhebung von Messwerten für die Abrechnung. Zu diesem Zweck werden folgende personenbeziehbare Daten erfasst:

- Zähler- und Gerätenummer
- Zählerstand
- Zeitpunkt der Erfassung

Darüber hinaus können weitere Daten übertragen werden, die für die Fernauslesung selbst oder den sicheren Betrieb des Verteilnetzes notwendig sind. Diese Daten lassen sich keiner einzelnen Person zuordnen:

- Informationen über den Status des Messsystems und der Funkanbindung
- Übermittlung von Ableseaufforderungen und Ableseintervallen an das Messsystem
- Wassertemperatur und -druck
- Rückfluss-Alarm
- Vorhandensein eines Rohrbruch-spezifischen Rauschens (zur Leckerkennung im Rohrnetz)

Grundlage für die Verarbeitung der Daten ist die Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 lit. E DSGVO), jeweils zum Zweck

- der Verbrauchsablesung zu Abrechnungszwecken (§§ 18, 20, 24 AVBWasserV),
- des störungsfreien Betriebs von Messeinrichtungen (§§ 18, 20, 24 AVBWasserV) und
- der Detektion von Rohrbrüchen und Leckagen (§ 50 III WHG; § 38 I Nr. 1 LWG NRW; 10 III AVBWasserV).

Die Verarbeitung zum Zweck der Abrechnung ist der häufigste Fall.

Üblicherweise wird einmal im Jahr der Zählerstand ausgelesen und übermittelt, um damit die Verbrauchsabrechnung erstellen zu können.

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht von 6 Jahren gespeichert (die Frist beginnt stets mit Ablauf des Kalenderjahres nach Ablauf des Vertrages) und danach gelöscht, es sei denn, dass wir entsprechend Art. 6 Abs. 1 S. lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind.

Damit wir die oben genannten Aufgaben wahrnehmen können, legen wir personenbezogene Daten gegenüber Dienstleistern offen. Bei der Beauftragung von Dienstleistungen beachten wir die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere zur sog. Auftragsverarbeitung. Weitere Empfänger der Daten sind etwa Behörden oder Gerichte.

Als verantwortungsbewusstes Unternehmen erheben wir keine Daten über Dritte (Art. 14 Abs. 1 d), Abs. 2 f) DSGVO), übertragen die Daten nicht an ein Drittland oder internationale Organisation (Art. 13/14 Abs. 1) DSGVO) und verzichten auch automatisches Profiling (Art. 13 Abs. 2 f)/Art. 14 Abs. 2 g) DSGVO).

Auf den folgenden zwei Seiten finden Sie noch einmal die relevanten Kontaktdaten und eine Übersicht Ihrer Datenschutzrechte als betroffene Person.

Verantwortlicher (Art. 13/14 Abs. 1 a) DSGVO)

GELSENWASSER AG

Willy-Brandt-Allee 26

45891 Gelsenkirchen

Telefon: 0209 708-0

Telefax: 0209 708-650

E-Mail: info@gelsenwasser.de

Internet: www.gelsenwasser.de

Sitz der Gesellschaft: Gelsenkirchen

Registergericht: Amtsgericht Gelsenkirchen, HRB 165

Vorstand: Henning R. Deters (Vorsitzender), Dr.-Ing. Dirk Waider

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten (Art. 13/14 Abs. 1 b) DSGVO)

Unsere Datenschutzbeauftragte und ihr Team beantworten Ihnen gerne alle Fragen zum Datenschutz.

Sabine Bohlenz

c/o GELSENWASSER AG

Willy-Brandt-Allee 26

45891 Gelsenkirchen

Telefon: 0209 708-788

E-Mail: datenschutz@gelsenwasser.de

Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO)

Sofern Sie der Auffassung sind, dass eine Datenverarbeitung gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt, haben Sie das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren.

Die für unser Unternehmen zuständige Aufsichtsbehörde erreichen Sie unter folgenden Kontaktdaten:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Postfach 20 04 44

40102 Düsseldorf

Tel.: 0211/38424-0

Fax: 0211/38424-10

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Rechte der betroffenen Personen (Art. 13 Abs. 2 b)/Art. 14 Abs. 2 c) DSGVO)

Als betroffene Person haben Sie die folgenden Rechte gem. Art. 15 bis 22 DSGVO:

- Recht auf Auskunft zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (vgl. Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung auf Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten (vgl. Art. 16 DSGVO),
- Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) personenbezogener Daten, insbesondere wenn die Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder Sie eine Einwilligung widerrufen haben (vgl. Art. 17 DSGVO),
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung), insbesondere wenn die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es uns ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen (vgl. Art. 18 DSGVO),
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO): Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch uns zu übermitteln, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder auf einem Vertrag beruht und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt,
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere bei einer Verarbeitung zur Betreibung von Direktwerbung (Art. 21 DSGVO),
- Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling (Art. 22 DSGVO): Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Ihnen und uns erforderlich ist, aufgrund von gesetzlichen Vorschriften zulässig ist und diese Vorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten oder mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.